

## Leserbrief

# Warum werden Regelungen des neuen KiBiz nicht umgesetzt?

**Kreis Warendorf (gl).** Zu der Berichterstattung in der „Glocke“ vom 11. August über die Tagespflege für Kinder („Tagespflege wird zu stiefmütterlich behandelt“) nimmt Dorothea Nienkemper, Vorsitzende der Kreistagsfraktion der Freien Wählergemeinschaft (FWG) Stellung:

„Die Sprecherin der Interessengruppe Tagespflege, Tagesmutter Chris Kleemann, bekundet in dem Artikel, dass das Ju-

gendamt des Kreises Warendorf die Regelungen des aktualisierten Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) erst im Februar des kommenden Jahres umsetzen will, da erst zu diesem Zeitpunkt die Ausschuss- und nachfolgende Kreistagsitzung stattgefunden hat.

Beklagt wird unter anderem, dass – nicht wie im neuen KiBiz vorgesehen – die Kinder über drei Jahre verpflichtend in eine Kita wechseln. Weiterhin, dass immer noch das Verfahren der Bedarfserfassung von Kindertagesplät-

zen an die Berufstätigkeit der Eltern gekoppelt ist. „Auf dieser Basis wird ein 40 Stunden Betreuungswunsch der Familie auf 20 Stunden in der Tagespflege gekürzt.“

Weitere Beispiele für restriktives Vorgehen werden im Artikel aufgezeigt. Das Fazit dieser bürokratischen Hemmnisse sei, dass es mittlerweile im Gegensatz zu früheren Jahren in Warendorf nur noch zwölf Tagesmütter gibt – früher waren es 24.

Die FWG-Kreistagsfraktion

bittet um Beantwortung der Fragen zum aufgewiesenen Sachverhalt: Das KiBiz wurde reformiert, liegt in der aktualisierten Form den Jugendämtern vor und ist ab dem 1. August gültig. Warum wurden die Regelungen des neuen KiBiz noch nicht umgesetzt? Eine rückwirkende Regelung ist kontraproduktiv! Welche Änderungen sind für die Tagespflege relevant? Wie können die Vorgaben des KiBiz schnellstens in die Rahmenbedingungen eingearbeitet werden? Welche Schritte plant die

Kreisverwaltung, um in dieser Unangepasstheit Abhilfe zu schaffen? Wie ist die aktuelle Betreuungssituation in Bezug auf Tagespflege und Kindertagesstätten (Auslastung, freie Plätze)? Wie plant die Kreisverwaltung – das Kreisjugendamt – dem Informationsdefizit entgegenzutreten?“

*Leserbriefe sind keine Meinungsäußerung der Redaktion. Wir behalten uns vor, Zuschriften abzu-  
lehnen oder zu kürzen.*